

Geht per Mail an: jerome.huegeli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

20.5.2019

Vernehmlassung: Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Die BDP stimmt einer Flexibilisierung der Instrumente zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Bildung zu. Allerdings weist sie auf zweierlei hin: Trotz der flexibleren Gestaltung der internationalen Bildungszusammenarbeit muss der Fokus weiterhin in erster Linie auf Europa ausgerichtet werden. Auch muss festgehalten werden, dass innenpolitische Entwicklungen der vergangenen Jahre die Schweiz im internationalen bildungspolitischen Kontext unter Zugzwang gebracht haben.

Bildung ist einer der wenigen Rohstoffe, über den die Schweiz verfügt. Es muss demnach im ureigenen Interesse des Landes liegen, diesem Rohstoff die bestmöglichen Entwicklungsbedingungen zu schaffen. Auch kennt Bildung keine Grenzen – gerade in der Forschung ist der Austausch über Landesgrenzen hinweg unabdingbar.

In diesem Sinne ist es richtig, dass die Schweiz das aktuelle Bundesgesetz einer Totalrevision unterzieht, die Schweiz muss in der Bildungszusammenarbeit flexibel und autonom agieren können. Das derzeitige Gesetz ist geprägt durch eine zu starre Bindung der Förderinstrumente an europäische Bildungsprogramme.

Insbesondere die gleichwertige Verankerung auf Gesetzesebene der Assoziierung an internationale Förderprogramme sowie der Umsetzung von eigenen Schweizer Programmen gibt der Schweiz mehr Spielraum. Auch die Mandatierung einer nationalen Agentur wird von einer Assoziierung an internationale Programme entkoppelt. Ein weiteres Element dieser neuen Flexibilisierung ist die Ausrichtung von Individualstipendien auch für Institutionen im aussereuropäischen Raum.

Es kann damit festgehalten werden, dass eine Entkoppelung von europäischen Bildungsprogrammen und eine damit einhergehende Flexibilisierung der Instrumente der Schweiz mehr Handlungsoptionen verschafft.

Allerdings muss ebenso festgestellt werden, dass die meisten Hochschulen und Universitäten, die dem hohen Anspruch der Schweiz gerecht werden, in Europa liegen. Die Schweiz ist demnach gut beraten, in der Bildungspolitik weiterhin den Fokus hauptsächlich auf Europa zu richten.

Des Weiteren muss darauf hingewiesen werden, dass diese Totalrevision und die damit einhergehende Flexibilisierung notwendig geworden sind, weil innenpolitische Entwicklungen die Schweiz dazu zwingen: Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative bedeutete eine Zäsur für die internationale Zusammenarbeit in der Bildung. Die Schweiz war in der Folge gezwungen zu reagieren statt zu agieren. Obwohl also die Totalrevision des Bundesgesetzes ein richtiges und wichtiges Anliegen umzusetzen gedenkt, darf man sich ob der Motivation dazu keinerlei Illusionen hingeben.

Es bleibt also deutlich festzuhalten, dass die europäische Anbindung höher zu gewichten ist als rein schweizerische Lösungen.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Martin Landolt
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz